



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-
und Umweltschutzverbände
in Baden-Württemberg
nach § 66 Abs. 3 NatSchG

Anerkannter Naturschutz-
verband nach § 67 NatSchG

Pressemitteilung 080714

Stuttgart 14.07.2008.

Anstieg des Flächenverbrauchs

„Ohrfeigen für das Aktionsbündnis Flächen gewinnen“

Heftige Kritik des LNV am Wirtschaftsministerium

Die heute vom Statistischen Landesamt und Umweltministerin Tanja Gönner bekannt gegebene Zahl von 10,3 ha Flächenverbrauch pro Tag im Jahr 2007 bezeichnete der Vorsitzende des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg, Reiner Ehret, als „schallende Ohrfeige“ für die Bündnispartner im „Aktionsbündnis Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“, das vor knapp 4 Jahren mit viel Pomp ins Leben gerufen wurde. Besonders ärgerlich sei es, dass die mit der Organisation dieses Aktionsbündnisses betraute Umweltministerin in erster Linie vom Wirtschaftsministerium permanent ausgebremst würde.

„Für den Flächenverbrauch im Land zeichnet das Wirtschaftsministerium verantwortlich, die Kritik an der neuerlichen Zunahme der täglichen Flächenversiegelung trifft aber fast immer ausschließlich die Umweltministerin“, konstatierte Ehret. Er verwies auf die Verweigerung der FDP-Landtagsfraktion, sich an einer parlamentarischen Anfrage zum Flächenverbrauch zu beteiligen. „CDU, SPD und Grüne waren bereit, in dieser Frage zusammen zu arbeiten; die FDP hat sich – wohl mit Rücksicht auf Ihren Parteikollegen Pfister - dieser interfraktionellen Initiative verweigert“, rügte der LNV-Chef.

Damit das Aktionsbündnis künftig mehr werde als eine Art von „Glaubensgemeinschaft“, müsse jetzt endlich den Bekenntnissen zum Flächensparen die „Aktion“ fol-

gen. Der LNV werde daher im Aktionsbündnis und in bilateralen Gesprächen mit Städtetag und Gemeindetag Maßnahmen neu einfordern, die bisher stets von den kommunalen Planern abgelehnt wurden. „Dabei“, so Ehret, „geht es nicht um die Einschränkung der grundgesetzlich verankerten kommunalen Planungshoheit; vielmehr müssen endlich faire Wettbewerbsbedingungen der Gemeinden untereinander geschaffen werden“: Momentan herrsche bei dem Werben um neue Bürger und neue Gewerbebetriebe (also um zusätzliche Steuereinnahmen) das „Gesetz des Dschungels“ zwischen den Kommunen! „Wir fordern die verpflichtende Einführung der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung“!

Der Experte für die Flächenthematik im LNV, der frühere Leiter des Stadtsanierungsamtes von Tübingen, Andreas Feldtkeller fügte hinzu: „In § 1 des Baugesetzbuches steht als übergeordneter Leitsatz für die Bauleitplanung folgendes: Die Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen in Einklang bringt (...) gewährleisten.“ Der Grundsatz, so Feldtkeller, zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen die Potenziale der Innenentwicklung zu nutzen, ist dann noch einmal ausdrücklich in § 1 a BauGB als „Vorschrift zum Umweltschutz“ festgelegt.

Ehret forderte den Wirtschaftsminister auf, endlich seine Verweigerungshaltung aufzugeben und den Versprechungen im Aktionsbündnis und auch denen der Regierungserklärung Taten folgen zu lassen. Der Dachverband LNV mache davon seine weitere aktive Mitarbeit im Aktionsbündnis abhängig. Ehret dazu abschließend: „Ich bin das schon seit 4 Jahren laufende Staatstheater in diesem Aktionsbündnis herzlich Leid! Und Frau Gönner sollte sich eigentlich auch zu schade sein, den Kopf immer wieder für die Versäumnisse Ihres FDP-Kollegen im Wirtschaftressort hinhalten zu müssen“!